

ab, die nach dem nun auch von bayerisch-litauischer Seite angenommenen Urteil „die Gemeinschaft schon vor sich bringt“ will.

○ Berlin, 10. November. (Telegramm.) Die „Worbd. Allz. Zeit.“ meint: Dem Bericht noch hat der Gesandte in Stuttgart v. Trenthal seine Pensionierung erbeten und wird am 1. Februar 1903 in den Ruhestand treten. Sein neuer Nachfolger ist der bisherige Gesandte in Athen Carl Plecen-Großherzog im Aufsicht genommen, der im Abstand durch den bisherigen Gesandten in Weimar Prinz v. Ratibor ersetzt wird.

○ Berlin, 10. November. (Telegramm.) Der Reichstag wählte: Zum General der Infanterie v. Streubert ist der Verbiest-Orden des preußischen Kroate und zum Präsidenten des Bundesrates der Generale Bräuer, Heymann, der Beauftragte in den Staatsräten des Kronen-Ordens I. Klasse verliehen worden. Der „Nationalist.“ folgt weiter dem Gesandten v. Hausemann der Kronen-Ordens I. Klasse und dem Gesandten des Aufsichtsrates der Schanzen-Gutsbesitzes, Fischer, die Beauftragten zum Ritter-Orden I. Klasse verliehen.

B. Berlin, 10. November. (Privattelegramm.) Die „Nat.-Ztg.“ schreibt: Die „Dts. Pres.“ lädt sich aus Berlin verabschieden: Im Interesse des deutschen Seitensatzes für die Bildung eines Reichsschiffahrts-Amtes als oberste Zentralstelle ins Auge gesetzt. Wie wissen nicht, an welcher Stelle diese Reaktion „ins Auge gesetzt“ sein soll. An Stellen, die es angeht, würde ich den Plan nichts bekannt.

— Zur Seite des Geburtsstages des Königs Eduard von England hatte der großbritannische Gesandtschafts-Botschafter Mr. Badham, am Sonntag die Herren der großbritannischen Botschaft mit ihren Damen zu einem Festmahl bei sich vereinigt, zu dem auch Prinz Albert zu Schleswig-Holstein, Rittermeister im Leib-Kavallerie-Regiment und Sohn des Prinzen Christian zu Schleswig-Holstein, eine Einladung erhalten hatte. Auf dem Festmahl wurde die englische Staatsflagge — für das 1. Garde-Dragoner-Regiment war in Bezeichnung des Regimentsamtmannes, der sich auf Dienst befindet Major dem Ende, Prinz Armand, Prinz von Preußen, ein Großwachtmeister, nach Schloss Coburg eingeladen. Die Kaiserin in ihrer Dienstscheide hatte zur Feier des Tages auf beiden Türmen erschlagen.

\* Auf Schleswig. In der Optionenfrage ist eine neue Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts ergangen. Am Wiener Friedensvertrage wurde definitiv den Bewohnern der ausselierten Gebiete für die Dauer von sechs Jahren das Recht zugestanden, sich für die dänische Staatsangehörigkeit zu entscheiden. Die Option wird nach überwiegendem Auflösung württem durch äußere Vertreibung des Willens, die dänische Staatsangehörigkeit zu erwerben; die Optionsklärung allein genügt nicht. Das Oberverwaltungsgericht erkennt und das Oberlandesgericht Aachen entscheidet haben, ob die Frage entscheidend entschieden, wann der Wille des Volkes, zu optieren, rechtswirksam in die äußere Erscheinung tritt. Das Oberlandesgericht Aachen in der Ansicht, dass dies der Fall sei, wenn der Optant bis nach der Optionserklärung nach Dänemark begeben hat in der Auffassung, dort einen neuen Wohnsitz zu gründen. Das Oberverwaltungsgericht dagegen hat durch Abweisung einer Klage gegen die Entscheidung des Landrates auf Ausstellung die Ansicht vertreten, dass eine günstige Option, also ein Erwerb der dänischen Staatsangehörigkeit, sich da vorliegt, wenn der Optant sich nach Dänemark zurückzieht, in der Auffassung, hierdurch die Einheitlichkeit der Option zu erhalten. Der Akl. hat am 11. April 1887 für Dänemark optiert, was sich dann darin begeben war, aber schon am 9. Mai von dieser „Erholungskreise“ (wie er sagte) auf deutsches Gebiet zurückzog. Nach der Auflösung des Oberverwaltungsgerichts genügte das zum Erwerb der dänischen Staatsangehörigkeit und zur Verpflichtung, in Preußen ein Niederlassungsbuch einzurichten. Nach überlandesgerichtlicher Ansicht dagegen ist Akl. kein Däne geworden, hätte also kein Niederlassungsbuch einzurichten und wäre unterdrückter Weise ausgewiesen worden. Eine einheitliche Ausbildung der beiden Institutionen in der Optionenfrage ist angeknüpft der weitgehenden Bedeutung solcher Entscheidungen sehr wünschenswert.

\* Posen, 9. November. Die Posener Provinzial-Zeitung hat sich mit dem folgenden Antrage des Kreisgerichts-Samter zu befassen: Die Provinzial-Zeitung wolle beschließen, den verfassungsmäßig ihr möglichen Einfluss dabei geltend zu machen, dass die Namensgebung von Schiffen nicht mehr als „Schiffstaufe“ bezeichnet wird und dadurch die einzige Bedeutung des heiligen Taufnamens im Bewusstsein der Gemeinde getilgt zu werden Gefahr läuft. Der Provinzial-Zeitung muss dieser Antrag doch wohl widerbar vorgetragen sein, denn sie gab ihn der Kreisgerichts-Samter zur „weiteren Erwägung“ zurück. Der Akl. hat vielleicht die Absicht auf eine Stelle mitgeschrieben, die mit Vorliebe Schiffe, besonders Kreuzschiffe tauft?

\* Weimar, 9. November. Die Regierung hat anordnet, dass den alademisch gebildeten Lehrern an Gymnasien, Realgymnasien und Realchulen die Dienstbezeichnung „Oberlehrer“ verbietet werde.

○ Bern, 9. November. Die Mitglieder des Fabrikanten-Vereins haben einen umfassenden Mindestlohn-Tarif aufgestellt. Bei Festlegung der Mindestlohn-Zeige war zu berücksichtigen, wie weit gezogen werden könnte, ohne die hiesige Industrie, die mit dem Weltmarkt des In- und Auslands zu rechnen hat, dazu zu legen. Der Fabrikanten-Verein war bereit, einen maximal einheitlichen Tarif trotz der verstreutartigen Fabrikation zu schaffen. Die hiesigen bisher niedriger gebliebenen Artikel sollen vom nächsten Tag ab, dem 21. November, ab dem neuen Tarif bezahlt werden, für die bisher höher gebliebenen Artikel wird keine Reduktion ein. Ferner wurde beschlossen, die tägliche Arbeitszeit häufig für Altarbeitnehmer auf 10 Stunden anzuhöhen, Mittags- und Werktagssuppe zu bemessen. Die Reinigung der Arbeitsräume soll in den Betrieben der Mitglieder des Fabrikanten-Vereins außerhalb der Betriebszeit stattfinden. Der Fabrikanten-Verein weist noch darauf hin, dass die hiesigen Grenzen seien, bis zu denen angehoben der schweren wirtschaftlichen Lage der Industrie entgegengewirkt werden könne, wenn auf eingeschränkten genügend Beschäftigung geachtet werden sollte.

○ Darmstadt, 10. November. (Telegramm.) Nach dem nunmehr vollständig vorliegenden Resultat der hessischen Landtagswahlen verloren die National-liberalen 5 Mandate, nämlich drei an die Deutsch-Freisinnigen, je eins an die Antisemiten und den Bund der Vaterland. Das Zentrum und die Sozialdemokraten haben ihren Sitzstand beibehalten.

○ Aus Baden. Der ultramontane Windhorstbund veranstaltete in jüngster Zeit eine größere Agitation in Baden. Generalschreiber Eason-Green hielt Versammlungen ab in Karlsruhe, Freiburg, Böblingen, Waldshut, Konstanz und Neustadt. Neue Wahllokale entstanden in Böblingen mit 18, in Waldshut mit 25, in Konstanz mit 45 und in Karlsruhe mit 80 Mitgliedern; in Freiburg und Neustadt bestanden bereits Bünde. Nach einige Neugründungen stehen bevor. Fast alle befassen sich augenscheinlich mit den Wahlvorbereitungen, indem sie das Programm aller politischen Parteien sorgfältig studieren und den Wahlkampf unterstützen.

○ Stuttgart, 9. November. Man erwartet in den nächsten Tagen die Überprüfung des Landtags-Abstimmungsergebnisses in erster und zweiter Lesung. Heute. Die Kommission hat einige Änderungen im gewöhnlich übersehenen Sinne an dem Entwurf vorgenommen; die von demokratischer und sozialdemokratischer Seite zur Schulauflösung

eingebrauchten radikalen Änderungsvorschläge wurden mit großer Mehrheit abgelehnt. — Für die morgen im Amtsbezirk Heilbronn stattfindende Landtags-Abstimmung zwischen Überbürgermeister Hegelmaier (Bauernbund) und dem sozialdemokratischen Kandidaten Schäffler sind seitens der in der Hauptwahl unterliegenden Parteien folgende Votungen abgegeben worden: Die Deutsche Partei tritt für Hegelmaier ein, die Volkspartei für Schäffler, das Zentrum erhält sich der Abstimmung.

\* München, 9. November. Ein Delegationsvortrag der bayerischen Zentrumspartei ist auf den 10. und 11. Dezember einberufen worden. Auf die Tagesordnung folgen nach dem Besuch der Parteileitung, der unter dem Vorlage des Abgeordneten Prälat Dr. Daxler und unter Teilnahme der Herren Holzer und Dr. Osterer folgt, gelegt werden: die Organisation der bayerischen Zentrumspartei, die Reichstagswahlen und die politische Lage in Bayern.

### Oesterreich-Ungarn.

**Von der Rom-Bewegung; Nationalitätenstreit.**

○ Wien, 10. November. Von der alldeutschen Vereinigung des Abgeordnetenhauses ist dem Superintendanten Dr. th. Meyer-Zuidan nachstehendes Telegramm gesandt worden: „Die alldeutsche Vereinigung des Abgeordnetenhauses bringt die herzlichen Glückwünsche in Ihren Doktor-Ehrenzettel, die Reichstagswahlen und die politische Lage in Bayern.

### Spanien.

**Demission des Kabinetts Sagasta.**

○ Madrid, 10. November. (Telegramm.) Der Ministerpräsident Sagasta überreichte heute dem König die Entlassungsurkunde des gesamten Kabinetts. Der König erklärte Sagasta, er werde morgen höchstlich der Bevölkerung die Erklärung liefern. Die Cortes haben heute Nachmittag die Sitzungen bis zur Lösung des Krises ein.

### Verband Deutscher Gruben- und Fabrikbeamten.

G. Der Zweigverein Leipzig-West des Verbands Deutscher Gruben- und Fabrikbeamten feierte am vergangenen Sonnabend in den „Treideln“ in Lindenau sein vierter Stiftungstag. Der harsche Verlust des Heiles ist wohl hauptsächlich den humanitären Bestrebungen des Verbandes und dessen Bemühungen seinen Mitgliedern zufolge überstiegen gewesen zu jüngsten, doch auch die Härte des Zweigvereins selbst wegen ihrer Bedecktheit und ihres ungetümlichen Verlaufs sehr beliebt. Aus der Sicht des Vorsitzenden, Herrn Professor Barndt, wollen wir nur die Leistungen der Zweigstelle des Verbandes hervorheben. Diesehe zahlte zahlreiche Spenden für die Errichtung der Schule in Moers.

○ Wien, 10. November. (Telegramm.) Neuestens wird von den Italienern wieder Sturm gelöst gegen die deutsche Universität in Innsbruck. Die italienischen Studenten in Wien und Graz lassen sich noch in diesem Semester in Innsbruck einschreiben. Nur haben die italienischen Abgeordneten beim Unterrichtsstundenrat angelopt, wie es mit der Errichtung einer italienischen Universität im Triest steht. Der Minister erwiderte, die Errichtung einer solchen Universität sei mit Bedacht auf die Südtiroler unmöglich, er lasse aber baldige Ausgestaltung italienischer Parallelkurse in Innsbruck zu.

**Regelung des Arbeitsbeschaffung; Abgeordnetenhaus.**

○ Aufz. 10. November. Um eine geistige Regelung des Arbeitsbeschaffung verhindernden, haben die Abgeordneten Stein, Hanisch und Haas einen Antrag eingereicht, in welchem die Regierung erucht wird, folgende drei Punkte als Grundlage nehmen zu wollen, wenn ein Gesetz zur Vorlage gelangt: 1) Regelung der privaten gewerblichen Stellenvermittlung, 2) Ausbau und Subventionierung der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung, und 3) Errichtung öffentlicher staatlicher Arbeitsvermittlung.

\* Wien, 10. November. (Telegramm.) Abgeordnetenhaus.

Der Akl. hat die Tagesordnung, in der Abgeordneten Stein, Hanisch und Haas einen Antrag eingereicht, in welchem die Regierung erucht wird, folgende drei Punkte als Grundlage nehmen zu wollen, wenn ein Gesetz zur Vorlage gelangt: 1) Regelung der privaten gewerblichen Stellenvermittlung, 2) Ausbau und Subventionierung der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung, und 3) Errichtung öffentlicher staatlicher Arbeitsvermittlung.

\* Wien, 10. November. (Telegramm.) Abgeordnetenhaus.

Der Akl. hat die Tagesordnung, in der Abgeordneten Stein, Hanisch und Haas einen Antrag eingereicht, in welchem die Regierung erucht wird, folgende drei Punkte als Grundlage nehmen zu wollen, wenn ein Gesetz zur Vorlage gelangt: 1) Regelung der privaten gewerblichen Stellenvermittlung, 2) Ausbau und Subventionierung der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung, und 3) Errichtung öffentlicher staatlicher Arbeitsvermittlung.

\* Wien, 10. November. (Telegramm.) Abgeordnetenhaus.

Der Akl. hat die Tagesordnung, in der Abgeordneten Stein, Hanisch und Haas einen Antrag eingereicht, in welchem die Regierung erucht wird, folgende drei Punkte als Grundlage nehmen zu wollen, wenn ein Gesetz zur Vorlage gelangt: 1) Regelung der privaten gewerblichen Stellenvermittlung, 2) Ausbau und Subventionierung der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung, und 3) Errichtung öffentlicher staatlicher Arbeitsvermittlung.

\* Wien, 10. November. (Telegramm.) Abgeordnetenhaus.

Der Akl. hat die Tagesordnung, in der Abgeordneten Stein, Hanisch und Haas einen Antrag eingereicht, in welchem die Regierung erucht wird, folgende drei Punkte als Grundlage nehmen zu wollen, wenn ein Gesetz zur Vorlage gelangt: 1) Regelung der privaten gewerblichen Stellenvermittlung, 2) Ausbau und Subventionierung der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung, und 3) Errichtung öffentlicher staatlicher Arbeitsvermittlung.

\* Wien, 10. November. (Telegramm.) Abgeordnetenhaus.

Der Akl. hat die Tagesordnung, in der Abgeordneten Stein, Hanisch und Haas einen Antrag eingereicht, in welchem die Regierung erucht wird, folgende drei Punkte als Grundlage nehmen zu wollen, wenn ein Gesetz zur Vorlage gelangt: 1) Regelung der privaten gewerblichen Stellenvermittlung, 2) Ausbau und Subventionierung der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung, und 3) Errichtung öffentlicher staatlicher Arbeitsvermittlung.

\* Wien, 10. November. (Telegramm.) Abgeordnetenhaus.

Der Akl. hat die Tagesordnung, in der Abgeordneten Stein, Hanisch und Haas einen Antrag eingereicht, in welchem die Regierung erucht wird, folgende drei Punkte als Grundlage nehmen zu wollen, wenn ein Gesetz zur Vorlage gelangt: 1) Regelung der privaten gewerblichen Stellenvermittlung, 2) Ausbau und Subventionierung der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung, und 3) Errichtung öffentlicher staatlicher Arbeitsvermittlung.

\* Wien, 10. November. (Telegramm.) Abgeordnetenhaus.

Der Akl. hat die Tagesordnung, in der Abgeordneten Stein, Hanisch und Haas einen Antrag eingereicht, in welchem die Regierung erucht wird, folgende drei Punkte als Grundlage nehmen zu wollen, wenn ein Gesetz zur Vorlage gelangt: 1) Regelung der privaten gewerblichen Stellenvermittlung, 2) Ausbau und Subventionierung der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung, und 3) Errichtung öffentlicher staatlicher Arbeitsvermittlung.

\* Wien, 10. November. (Telegramm.) Abgeordnetenhaus.

Der Akl. hat die Tagesordnung, in der Abgeordneten Stein, Hanisch und Haas einen Antrag eingereicht, in welchem die Regierung erucht wird, folgende drei Punkte als Grundlage nehmen zu wollen, wenn ein Gesetz zur Vorlage gelangt: 1) Regelung der privaten gewerblichen Stellenvermittlung, 2) Ausbau und Subventionierung der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung, und 3) Errichtung öffentlicher staatlicher Arbeitsvermittlung.

\* Wien, 10. November. (Telegramm.) Abgeordnetenhaus.

Der Akl. hat die Tagesordnung, in der Abgeordneten Stein, Hanisch und Haas einen Antrag eingereicht, in welchem die Regierung erucht wird, folgende drei Punkte als Grundlage nehmen zu wollen, wenn ein Gesetz zur Vorlage gelangt: 1) Regelung der privaten gewerblichen Stellenvermittlung, 2) Ausbau und Subventionierung der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung, und 3) Errichtung öffentlicher staatlicher Arbeitsvermittlung.

\* Wien, 10. November. (Telegramm.) Abgeordnetenhaus.

Der Akl. hat die Tagesordnung, in der Abgeordneten Stein, Hanisch und Haas einen Antrag eingereicht, in welchem die Regierung erucht wird, folgende drei Punkte als Grundlage nehmen zu wollen, wenn ein Gesetz zur Vorlage gelangt: 1) Regelung der privaten gewerblichen Stellenvermittlung, 2) Ausbau und Subventionierung der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung, und 3) Errichtung öffentlicher staatlicher Arbeitsvermittlung.

\* Wien, 10. November. (Telegramm.) Abgeordnetenhaus.

Der Akl. hat die Tagesordnung, in der Abgeordneten Stein, Hanisch und Haas einen Antrag eingereicht, in welchem die Regierung erucht wird, folgende drei Punkte als Grundlage nehmen zu wollen, wenn ein Gesetz zur Vorlage gelangt: 1) Regelung der privaten gewerblichen Stellenvermittlung, 2) Ausbau und Subventionierung der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung, und 3) Errichtung öffentlicher staatlicher Arbeitsvermittlung.

\* Wien, 10. November. (Telegramm.) Abgeordnetenhaus.

Der Akl. hat die Tagesordnung, in der Abgeordneten Stein, Hanisch und Haas einen Antrag eingereicht, in welchem die Regierung erucht wird, folgende drei Punkte als Grundlage nehmen zu wollen, wenn ein Gesetz zur Vorlage gelangt: 1) Regelung der privaten gewerblichen Stellenvermittlung, 2) Ausbau und Subventionierung der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung, und 3) Errichtung öffentlicher staatlicher Arbeitsvermittlung.

\* Wien, 10. November. (Telegramm.) Abgeordnetenhaus.

Der Akl. hat die Tagesordnung, in der Abgeordneten Stein, Hanisch und Haas einen Antrag eingereicht, in welchem die Regierung erucht wird, folgende drei Punkte als Grundlage nehmen zu wollen, wenn ein Gesetz zur Vorlage gelangt: 1) Regelung der privaten gewerblichen Stellenvermittlung, 2) Ausbau und Subventionierung der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung, und 3) Errichtung öffentlicher staatlicher Arbeitsvermittlung.

\* Wien, 10. November. (Telegramm.) Abgeordnetenhaus.

Der Akl. hat die Tagesordnung, in der Abgeordneten Stein, Hanisch und Haas einen Antrag eingereicht, in welchem die Regierung erucht wird, folgende drei Punkte als Grundlage nehmen zu wollen, wenn ein Gesetz zur Vorlage gelangt: 1) Regelung der privaten gewerblichen Stellenvermittlung, 2) Ausbau und Subventionierung der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung, und 3) Errichtung öffentlicher staatlicher Arbeitsvermittlung.

\* Wien, 10. November. (Telegramm.) Abgeordnetenhaus.

Der Akl. hat die Tagesordnung, in der Abgeordneten Stein, Hanisch und Haas einen Antrag eingereicht, in welchem die Regierung erucht wird, folgende drei Punkte als Grundlage nehmen zu wollen, wenn ein Gesetz zur Vorlage gelangt: 1) Regelung der privaten gewerblichen Stellenvermittlung, 2) Ausbau und Subventionierung der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung, und 3) Errichtung öffentlicher staatlicher Arbeitsvermittlung.

\* Wien, 10. November. (Telegramm.) Abgeordnetenhaus.

Der Akl. hat die Tagesordnung, in der Abgeordneten Stein, Hanisch und Haas einen Antrag eingereicht, in welchem die Regierung erucht wird, folgende drei Punkte als Grundlage nehmen zu wollen, wenn ein Gesetz zur Vorlage gelangt: 1) Regelung der privaten gewerblichen Stellenvermittlung, 2) Ausbau und Subventionierung der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung, und 3) Errichtung öffentlicher staatlicher Arbeitsvermittlung.

\* Wien, 10. November. (Telegramm.) Abgeordnetenhaus.

Der Akl. hat die Tagesordnung, in der Abgeordneten Stein, Hanisch und Haas einen Antrag eingereicht, in welchem die Regierung erucht wird, folgende drei Punkte als Grundlage nehmen zu wollen, wenn ein Gesetz zur Vorlage gelangt: 1) Regelung der privaten gewerblichen Stellenvermittlung, 2) Ausbau und Subventionierung der genossenschaftlichen und gewerkschaftlichen Arbeitsvermittlung, und 3) Errichtung öffentlicher staatlicher Arbeitsvermittlung.

\* Wien, 10. November. (Telegramm.) Abgeordnetenhaus.

Der Akl. hat die Tagesordnung, in der Abgeordneten Stein, Hanisch und Haas einen Antrag eingereicht, in welchem die Regierung erucht wird, folgende drei Punkte als Grundlage nehmen zu wollen, wenn ein Gesetz zur Vorlage gelangt: 1) Regelung der privaten gewerblichen Stellenvermittlung, 2)